



Vor einem Jahr war Zohran Mamdani kaum jemandem ein Begriff, auch nicht in seiner Heimat New York. Doch in dieser Woche ist er nicht nur der designierte Bürgermeister von New York City, sondern auch zu einer Art globaler Berühmtheit für progressive Kreise und junge Menschen geworden.

Mamdani ist charismatisch. Mit 34 Jahren ist er ein Naturtalent für virale Videos. Und er ist ein demokratischer Sozialist – der in der globalen Hauptstadt des Finanzwesens die Bürgermeisterwahl gewonnen hat.

Er ist zudem ein Einwanderer mit familiären Wurzeln in Uganda und Indien und wird bald das höchste Amt in einer der internationalsten Städte der Welt bekleiden.

Mamdani verbrachte den Großteil seiner Kindheit in Morningside Heights in Manhattan. Doch er wurde in Uganda geboren – in eine muslimische Familie indischer Herkunft – und lebte dort die ersten fünf Jahre seines Lebens.

Privilegien in einem armen Land

Die Familie Mamdani lebte in einem grünen, wohlhabenden Viertel mit Blick auf Ugandas Hauptstadt Kampala und besitzt dort bis heute ein Haus. (Mamdani feierte kürzlich seine Hochzeit auf diesem Grundstück.) Seine Eltern sind beide Intellektuelle: Mahmood Mamdani lehrte postkoloniale Studien an der ältesten und angesehensten Universität des Landes, seine Mutter ist die Filmemacherin Mira Nair.

Mamdani hat immer offen über seine privilegierte Herkunft gesprochen. Er sagte, er habe als Kind „nie auf etwas verzichten müssen“. Doch dieses Privileg entfaltete sich in einem angespannten gesellschaftlichen Umfeld.

In Uganda ist die südasiatische Gemeinschaft im Durchschnitt wohlhabender als die schwarze ugandische Bevölkerung – in manchen Fällen sogar ausgesprochen wohlhabend. 1972 ließ der damalige Diktator Idi Amin zehntausende Südasiaten ausweisen. Er warf ihnen mangelnde Loyalität und wirtschaftliche Ausbeutung vor. Unter den Betroffenen war auch Mamdanis Vater Mahmood.

Mamdani wuchs in einer Familie auf, die tief von der kolonialen Vergangenheit und den ethnischen Bruchlinien geprägt war. Seine Kindheit beinhaltete auch einen kurzen Aufenthalt in Südafrika, kurz nach dem Ende der Apartheid.

Bevor Mamdani Politiker wurde, machte er gemeinsam mit einem Kindheitsfreund aus



Uganda Musik. In seiner Musik ging es ausdrücklich um die fortdauernden Auswirkungen des Kolonialismus in Uganda.

Reaktionen weltweit

Mamdanis politisches Programm konzentriert sich auf soziale Teilhabe und bezahlbares Leben. Er verspricht kostenlose Busse, umfangreiche und bezahlbare Kinderbetreuung, städtische Supermärkte und einen Mietendeckel für bestimmte Wohnungen.

Bemerkenswert ist auch, dass der von Mamdani vertretene demokratische Sozialismus in der Demokratischen Partei der USA zunehmend an Einfluss gewinnt. Klar ist: Mamdanis Herkunft ermöglicht es Menschen in aller Welt, sich mit ihm zu identifizieren – ob Bollywood-Fans in Indien oder junge Frauen in der Türkei.

In Uganda allerdings kennt ihn bisher kaum jemand. In Israel hingegen, wo man seine pro-palästinensische Haltung kritisch sieht, löste sein Wahlsieg eine starke Reaktion aus. „Der Big Apple ist gefallen“, sagte ein rechtsgerichteter Abgeordneter. In palästinensischen Kreisen hingegen wurde sein Wahlsieg als Meilenstein gefeiert.

Einige internationale Medien zogen sogar Vergleiche zu einem anderen US-Politiker mit afrikanischen Wurzeln. Doch anders als Barack Obama wurde Mamdani tatsächlich in Afrika geboren – und kann daher laut US-Verfassung niemals Präsident werden.

Weitere Themen:



- **US-Behörde kürzt Flugverkehr um 10 Prozent**

- Es ist kein Sturm, kein Streik, kein technisches Versagen. Es ist Politik – genauer gesagt: ein staatlicher Stillstand, der jetzt den US-Luftraum bremst. Die Federal Aviation Administration (FAA) streicht an 40 großen Flughäfen die Flugkapazität. Um satte zehn Prozent. Das trifft rund 3.500 bis 4.000 Flüge pro Tag – eine drastische Maßnahme mit internationaler Wucht.
- Grund dafür ist der längste Government Shutdown in der Geschichte der USA. Bundesbedienstete, darunter auch Fluglotsen, arbeiten entweder ohne Lohn oder gar nicht. Die FAA zieht die Reißleine, bevor Überlastung zur Gefahr wird. Sie spricht von einem „proaktiven Schritt“. Übersetzt: Lieber früher kürzen, als später mit Chaos leben.
- Zunächst startet die Kürzung mit vier Prozent – sie soll auf zehn Prozent steigen. Große Drehkreuze wie Atlanta, Los Angeles, New York, Dallas oder Chicago stehen ganz oben auf der Liste. Vor allem Inlands- und Regionalflüge trifft es. Internationale Strecken bleiben vorerst weitgehend verschont. Noch.
- Was bedeutet das für Europa? Wer über die USA fliegt, muss mit allem rechnen: Verspätungen, gestrichene Anschlussflüge, kurzfristige Umbuchungen. Auch Rückflüge aus den USA könnten betroffen sein. Reiseveranstalter und Airlines sind gefordert – und Reisende gut beraten, sich Alternativen zu suchen. Vielleicht nicht der schlechteste Zeitpunkt, auf Routen via Kanada auszuweichen.
- Klar ist: Die FAA zieht nicht aus Laune die Notbremse. Wenn sicherheitsrelevantes Personal fehlt oder bis zur Erschöpfung arbeitet, ist das keine Option. Der Flugverkehr lebt nicht nur von Technik, sondern vom Menschen, der ihn kontrolliert. Und genau diese Menschen fehlen derzeit – oder stehen kurz vor dem Limit.
- Besonders bitter: Selbst wenn der Shutdown bald endet, wird die Normalität nicht sofort zurückkehren. Experten rechnen mit Wochen, bis der Betrieb wieder rund läuft. Ein System wie der Flugverkehr ist kein Lichtschalter – man kann es nicht einfach wieder einschalten.
- Was also tun? Wer demnächst fliegt, sollte jetzt prüfen, was auf dem Ticket steht. Wer umsteigen muss, sollte sich Alternativen überlegen. Wer bucht, sollte flexibel bleiben.



Weitere Nachrichten:

- Der **Oberste Gerichtshof der USA** äußerte Zweifel an Trumps Nutzung von Notfallbefugnissen zur Verhängung weitreichender Zölle.
- **Trump**s drastische Kürzungen bei der Aufnahme von Geflüchteten haben weitreichende Folgen – sie zerstörten Hoffnungen und Lebenspläne.
- **Venezuela** verfügt über ein Arsenal russischer Waffen und bewaffnete Zivilisten, die im Fall eines US-Angriffs einsatzbereit wären.
- **Brasilien** plant einen neuen Klimafonds, der Länder für den Erhalt ihrer tropischen Wälder entschädigen soll.
- Aktivisten kritisieren **Chinas Justizsystem**: Es versage systematisch bei Fällen häuslicher Gewalt – wegen Ressourcenmangel und fehlendem politischen Willen.
- **Mexikos Präsidentin** kündigte Strafanzeige gegen einen Mann an, der sie auf offener Straße begripschte – ein Vorfall, der auf Video festgehalten wurde.

Autor: P. Tiko